

Editorial
Zum
Tagungs-Sammelband
über die
53. Sicherheitspolitischen Informationstagung (2019)
zum Thema
**„Stärkung von Resilienz und nationaler Führungsfähigkeit
Im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung“**

Die 53. Sicherheitspolitische Informationstagung fand vom 4. bis 6. September 2019 erneut als gemeinsame Veranstaltung der Clausewitz-Gesellschaft (CG) e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) im Manfred-Wörner-Zentrum der Clausewitz-Kaserne in Hamburg statt. Der hiermit vorliegende Tagungs-Sammelband enthält wesentliche Rede- und Diskussionsbeiträge, soweit die entsprechenden Texte von den Referenten und Moderatoren zur Veröffentlichung freigegeben wurden. Trotz der genannten Einschränkung besteht Grund zu der Hoffnung, dass die Zusammenstellung einen hinreichenden Überblick über die behandelten Thematiken liefert und damit geeignet ist, einen nachhaltigen Beitrag zum notwendigen weitergehenden Diskurs über ein Kernthema der aktuellen und künftigen Sicherheitsvorsorge zu leisten.

Sicherheitspolitische Ausgangslage

Angesichts der dramatisch veränderten Sicherheitslage seit 2014 ist – im Sinne des „Weißbuchs 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ - bei der Sicherheitsvorsorge die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung sowie dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und multilateraler Zusammenarbeit andererseits wichtiger als je zuvor. Bei den Risiken und potentiellen Bedrohungen sind, neben den zahlreichen Krisen und Konflikten am Rande Europas sowie in den benachbarten Regionen und der wieder aggressiven, anti-westlichen Politik Russlands, im digitalen Zeitalter vor allem Verwundbarkeiten im Cyber- und Informationsraum und hybride Angriffe unterhalb der Schwelle klassischer, traditioneller Kriegsformen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Gerade bei den letztgenannten verwischen sich zunehmend die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit, so dass es geboten erscheint, Sicherheitsvorsorge in verstärktem Maße gesamtstaatlich zu betrachten und umfassend vernetzt zu implementieren. Die hohe Entwicklungsdynamik der absehbar verwendeten Technologien und die dramatische Beschleunigung sowie globale Vernetzung der Prozesse stellen zugleich besondere Anforderungen an Frühwarnfähigkeiten, hinreichend rasche, umfassende sowie zuverlässige Lageerstellung und –beurteilung, präventive Sicherheitsvorkehrungen, Resilienz kritischer Infrastrukturen, und flexible Abwehr- oder Verteidigungsfähigkeiten. Angesichts des komplexen Sicherheitsumfeldes und des hohen Durchdringungsgrades moderner Kommunikations- und Informationssysteme in allen Lebensbereichen gewinnt zudem der Aufbau bzw. die Stärkung von Widerstands- und

Adaptionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen, Schadensereignissen oder Katastrophen eine enorm gesteigerte Bedeutung.

Rational und Rahmen der Tagung

Führungsfähigkeit gilt als eine Grundvoraussetzung für effiziente gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und reaktionsfähige Abwehr- bzw. Verteidigungsmaßnahmen. Vor dem Hintergrund der oben erwähnten Merkmale heutiger und künftiger potentieller Bedrohungen gelten außerdem Multinationalität und Integration als wesentliche Bestimmungsgrößen für die Sicherheit unseres Landes sowie aller Mitgliedsstaaten in der NATO und der EU.

Mit dem breiten Spektrum von Themen und Fragen zur Stärkung von Resilienz und nationaler Führungsfähigkeit, vom Grundbetrieb bis hin zur Landes- und Bündnisverteidigung, setzten sich die Teilnehmer der 53. Sicherheitspolitischen Informationstagung auseinander. Die Tagung fand auch unter aktiver Beteiligung von Lehrgangsteilnehmern des Lehrgangs General- und Admiralstabsdienst National (LGAN) 2017 sowie einiger Lehrstabsoffiziere der FüAkBw statt

Im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen standen insbesondere die spezifischen Herausforderungen an die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge sowie die Möglichkeiten, Chancen und Grenzen praktischer/konkreter Realisierung. Einen Schwerpunkt bildeten dabei die künftig notwendigen Führungsstrukturen in einem umfassend vernetzten Sicherheitsansatz. Im Wechsel von Vorträgen und Podiumsdiskussionen wurden sowohl die deutschen Sichtweisen und Überlegungen als auch entsprechende internationale Erfahrungen und Perspektiven beleuchtet.

Hinweise auf Vorträge und Diskussionsbeiträge

Mit seiner **Gastrede** im Rahmen des festlichen Abendessens am Vorabend der Tagung stimmte der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung, MdB Thomas Silberhorn, die Teilnehmer auf die Tagung ein. Er referierte zum Thema „Die Bedeutung von Sicherheitsvorsorge und Resilienz für Politik, Gesellschaft und Streitkräfte im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung“, unterstrich dabei die Stärkung von Resilienz als gesamtstaatliche Anstrengung und betonte u.a. den einschlägigen Beitrag der Bundeswehr dazu.

Der Präsident der CG e.V., Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, sprach in seiner **Begrüßung und Eröffnung** zu Beginn des ersten Tagungstages zunächst den im Sommer 2019 erfolgten Wechsel an Spitze des Bundesministeriums der Verteidigung an. Dabei brachte er u.a. seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlinie, die im Weißbuch 2016 vorgezeichnet ist, sowie die darauf aufbauende Konzeption der Bundeswehr und das Fähigkeitsprofil weiterhin konsequent umgesetzt werden. Als wesentliche Voraussetzung dafür nannte er die konsequente Fortsetzung der eingeleiteten Trendwenden beim Personal, Material und der Finanzierung der Bundeswehr.

Danach richtete der Präsident den Blick auf die Entwicklung der internationalen Sicherheitslage, 80 Jahre nach Beginn und 74 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, und stellte fest, dass im Verlauf der letzten 12 Monate für Europa und für Deutschland keine nachhaltige Entspannung eingetreten sei. Die allen hinlänglich bekannten Krisen- und Konfliktherde im Nahen Osten, auf der arabischen Halbinsel, in Afrika, in Zentralasien, auf dem indischen Subkontinent oder im Fernen Osten fanden eine generelle Erwähnung. Eingehender beleuchtet wurde die Sicherheitslage in und um Europa, das sich zunehmend in einer ungünstigen „Sandwich-Position“ befindet zwischen Russland, China und den USA.

Präsident Putins Politik in Russland erweist sich nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der fortdauernden militärischen Intervention in der Ost-Ukraine sowie in Syrien als unverändert anti-westlich und zunehmend aggressiv. Bei seinen mit fortgesetzter militärischer Aufrüstung unterstrichenen Großmachtambitionen zeigt sich Russland bisher weitgehend unbeeindruckt von den Sanktionen der EU oder erkennbarer wirtschaftlicher Stagnation in seinem Lande. Die innenpolitische Fragmentierung und die anhaltende Stärkung der „Silowiki“, also vor allem der Streitkräfte, Geheimdienste und Polizei, wird immer wieder auch beim gewaltsamen Einsatz gegen Demonstranten deutlich. Es besteht unverändert die Gefahr, dass die innenpolitische Schwäche durch zunehmend gewaltbereites Auftreten nach außen kompensiert werden könnte. Auf jeden Fall setzt die Regierung Putin alle Kraft daran, den Westen und die EU, vor allem auch durch subversive Informationsoperationen zu spalten und zu schwächen.

Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping vertritt im Grunde eine eindeutige „China first“ Politik. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas wird zunehmend auch durch militärische Aufrüstung ergänzt. Hinzu kommt eine verstärkt aggressive Außenpolitik, deren Wirkung durch den Verlust US-amerikanischen Gestaltungswillens in der internationalen Politik noch verstärkt wird. Das gewaltige globale Investitionsprogramm der „Neuen Seidenstraße“ („Belt and Road Initiative“, BRI) dient inzwischen gegenüber zahlreichen Staaten Afrikas, Asiens und nun auch Europas als Lock- und potentiell Erpressungsmittel. Im globalen Machtspiel scheint China seine Chance konsequent und mit strategischem Weitblick zu nutzen. Es ist vor allem bemüht, das durch die US-Administration verursachte Machtvakuum zu besetzen und zum eigenem Vorteil auszufüllen.

Die Politik des US-Präsidenten Trump ist, was noch vor wenigen Jahren als undenkbar galt, kritisch gegenüber der NATO, zumindest in ihrer Rhetorik, und ebenfalls sehr kritisch gegenüber der Europäischen Union (EU). Seine Haltung und seine Art der Amtsführung lassen sich schlagwortartig wie folgt beschreiben:

- Demonstrative Verwendung des anti-Multilateralismus Slogans „America first“ oder eher noch „America only“,
- Auffassung von Politik als „Nullsummenspiel“ rivalisierender Kräfte,
- Erzeugung strategischer Ungewissheit oder sogar Unsicherheit vor allem durch „Twitter-Kanonaden“,
- bisweilen theatralisches rhetorisches Säbelrasseln,

- eine konzeptionslos wirkende Sanktionspolitik gegenüber dem IRAN,
- öffentlich geäußerte Bewunderung autoritärer Führer und
- ein würdeloser, häufig Tabu-brechender Umgang mit Wahrheit und Lüge.

Diese bisher erkennbaren Verhaltensweisen sind dazu geeignet, Vertrauen zu unterminieren und die Bündnissolidarität sowie letztendlich die westliche Werteordnung zu beschädigen. Mit der diplomatisch zumindest ungeschickten Aufkündigung des vorher von Russland verletzten INF-Vertrags wurde eine wichtige Säule internationaler Friedenssicherung ersatzlos preisgegeben. Mit der Aufkündigung des IRAN-Atomabkommens durch die USA und den verschärften Sanktionen ist zudem nicht nur ein zusätzlicher Druck auf den Iran, sondern auch auf Europa und das transatlantische Verhältnis entstanden. Zusätzlich verstärkt wird der Druck durch den Handelsstreit zwischen den USA mit China und durch die nach wie vor drohenden Strafzölle der USA auf europäische, speziell auch deutsche Produkte oder Waren.

Überlagert und verschärft wird die instabile und konflikträchtige internationale Lage weiterhin durch den internationalen, insbesondere islamistischen Terrorismus sowie durch die weltweit agierende, finanziell sehr potente Organisierte Kriminalität. Eine ganz besondere Gefährdung geht von Verwundbarkeiten in dem alle Lebensbereiche durchdringenden Cyber- und Informationsraum aus.

In dieser Situation wäre es höchst wünschenswert und eigentlich dringend erforderlich, wenn Europa sich als Stabilitätsanker er- und beweisen könnte. Allerdings scheint sich diese Hoffnung zunehmend zu verflüchtigen. Die häufig proklamierte „Strategische Autonomie“ Europas ist im Grunde ein derzeit nahezu unerreichbares Fernziel. Bedauerlicher Weise fehlt es weiterhin an hinreichender europäischer Handlungsfähigkeit und gemeinsamem Handlungswillen. Somit findet die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union immer noch nicht die Anerkennung und Beachtung, die eine wirtschaftlich starke Gemeinschaft mit mehr als 500 Millionen Einwohnern eigentlich verdient. Auch jüngste Beispiele, wie die Frage nach einer europäischen Lösung für die Sicherung des freien Schiffverkehrs in der Straße von Hormuz, haben die fehlende strategische Orientierung und reflexartige Hilflosigkeit europäischer Außen- und Sicherheitspolitik erneut deutlich werden lassen. Zudem sind die Erosionserscheinungen innerhalb der Union – Stichworte BREXIT, wachsender Nationalismus, etc. – keinesfalls geringer geworden; sie haben sich vielmehr eher noch verstärkt.

Angesichts hybrider Konfliktformen, weiter anwachsender Cyber-Bedrohung sowie global agierendem Terrorismus und Organisierter Kriminalität verwischen sich zunehmend die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit. Somit scheint gesamtstaatliche und vernetzte Sicherheitsvorsorge mehr denn je geboten. Zwei Begriffe rücken dabei in Mittelpunkt:

Resilienz, also Krisenfestigkeit, Widerstands-, Anpassungs- und Funktionsfähigkeit von Staat, Gesellschaft und kritischen Infrastrukturen gegenüber Störungen, Angriffen, sonstigen Schadensereignissen oder Katastrophen, ist von vitaler Bedeutung.

Führungsfähigkeit gilt als eine Grundvoraussetzung für effiziente gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und reaktionsfähige Abwehr- bzw. Verteidigungsmaßnahmen.

Aber auch Multinationalität und Integration sind wesentliche Bestimmungsgrößen für die Sicherheit unseres Landes.

Bekanntlich fehlt es nicht an kritischen Stimmen, die - fünfeinhalb Jahre nach den bemerkenswerten Reden führender Deutscher Politiker bei der Münchner Sicherheitskonferenz – eine „Kultur des Wegduckens“ beklagen und einfordern, Deutschland solle in einer gefährlicher und multipolarer werdenden Welt mehr Verantwortung für seine Sicherheit und die Sicherheit seiner Unions- und Allianzpartner übernehmen.

Traditionell wurde der Reigen der Präsentationen durch einen **Vortrag zur aktuellen Lage der Führungsakademie** eröffnet. In Vertretung des Kommandeurs, Generalmajor Oliver Kohl, trug der Direktor Strategie und Fakultäten, Brigadegeneral Boris Nannt, zum Stand der aktuellen Entwicklung der Akademie vor und erläuterte dabei vor allem den fortgeschrittenen Aufbau des „German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)“, das Probleme und Phänomene untersucht, die für die sicherheitspolitische Strategiefähigkeit Deutschlands bestimmend sind. Das GIDS soll damit vor allem Grundlagen für die Beratung der Entscheidungsträger in Bundeswehr und Bundesregierung schaffen.

Dr. Karl-Heinz Kamp, (damals noch) Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, referierte zum Thema „**Aktuelle außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen**“. Er nannte u.a. sechs vordringliche Sicherheitsprobleme und stellte dann Überlegungen zu Lösungsansätzen vor. Ein im vorliegenden Band enthaltener Bericht zu Dr. Kamps Vortrag liefert die wesentlichen Details.

Es folgte der Vortrag von Professor Dr. Joachim Krause, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Demokratie, zum Thema „**Aktuelle verteidigungspolitische und militärstrategische Herausforderungen**“. Er beklagte erhebliche Defizite im strategischen Denken und unterstrich, dass er eine „strategische Kultur“ in Deutschland und fehlenden politischen Willen zu konkretem und entschlossenem Handeln in sicherheits- sowie verteidigungspolitischen Angelegenheiten vermisste. Deutschland habe verlernt, was Verteidigung ist und erfordert.

Im dritten Grundsatzvortrag ging **Minister Holger Stahlknecht**, MdL, Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, auf das Thema „**Aktuelle innenpolitische Sicherheits-Herausforderungen**“ ein. Er erläuterte die innenpolitischen Herausforderungen, u.a. angesichts akuter Bedrohungen durch Cyberangriffe, extremistischer, politisch motivierter Gewalt und Clan-Kriminalität. Er, wie auch die beiden Vorredner, wies auf die zunehmende Auflösung oder Verwischung der bisherigen Grenzen zwischen äußerer und

innerer Sicherheit hin. Die Bekämpfung dieser Bedrohungen verlange Kooperation über Landesgrenzen hinweg bundesweit und international.

Die anschließende Gesprächsrunde mit den Vortragenden der Einführungsvorträge zum Thema „Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge angesichts neuer außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen“ leitete Direktor Jörn Thießen, Führungsakademie der Bundeswehr, Leiter der Fakultät „Politik, Strategie, Gesellschaftswissenschaften“ und Stellvertretender Präses des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit (WIFIS). In dieser Runde wurden die nach wie vor bestehenden Herausforderungen für eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge auch im intensiven Dialog mit dem Auditorium vertieft. Es standen dabei folgende Probleme im Mittelpunkt: Fehlende nationale Sicherheitsstrategie und unzureichende zentrale Führungsstrukturen, Mängel in der Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte im bundesdeutschen föderalen System angesichts der Forderung „Krise braucht Führung“, Personal als knappe Ressource vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden demographischen Entwicklung, fortbestehende Defizite praktischer Kooperation bei ressort-gemeinsamer Sicherheitsvorsorge, Defizite im sicherheits- sowie verteidigungspolitischen Bewusstsein von Führungskräften und Krise der Kommunikation staatlicher Stellen mit der Bevölkerung angesichts der hohen Durchdringung und hyperdynamischen Entwicklung digitalisierter „sozialer Netzwerke“.

Das **Panel 1** unter der Moderation von Brigadegeneral a.D. Helmut Ganser, Dipl.-Pol. und Dipl.-Psych. und ehemaliger Abteilungsleiter Militärpolitik bei der Deutschen NATO-Vertretung, setzte die Szene zum Thema **„Droht uns der totale >>Black- and Service Out<<? Resilienz kritischer Infrastrukturen: Aktueller Stand, künftige Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven“**. Die Teilnehmer des Panels, Brigadier MMag. **Wolfgang Peischel, PhD**, Chefredakteur Österreichische Militärische Zeitschrift(ÖMZ), **Dr. Monika John-Koch**, Referatsleiterin Strategie KRITIS, Cyber-Sicherheit KRITIS beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Ministerialdirigent **Professor Dr. Roland Börger**, Unterabteilungsleiter I Abteilung Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleitungen im Bundesministerium der Verteidigung, **Dipl.-Ing. Dirk Backofen**, Senior Vice President & Leiter Telekom Security und Dipl.-Pol. **Martin Baumgarten, M.A.**, Country Crisis & Security Manager Germany, Corporate Security & Resilience, Vattenfall GmbH, stellten zunächst ihre Positionen jeweils mit einem Eingangsstatement vor. Bei der anschließenden Frage- und Antwortrunde kam dann auch das Auditorium zu Wort.

Das **Panel 2** erörterte die Frage **„Verteidigungspolitische, militärstrategische und innenpolitische Herausforderungen im Zeitalter digitaler Verwundbarkeit und hybrider Bedrohungen: Brauchen wir einen neuen Ansatz für Gesamtverteidigung?“** unter der Leitung von **Rolf Clement**, Chefredakteur der „Europäischen Sicherheit & Technik“. Das Panel umfasste: Generalleutnant Dipl.-Kfm. **Martin Schelleis**, Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalmajor Dipl.-Inform. **Jürgen Setzer**, Stellvertretender Inspekteur des Kommandos Cyber- und Informationsraum und Chief Information Security Officer der

Bundeswehr, Ministerialrat **Volker Amler**, Referatsleiter Kritische Infrastrukturen in der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Colonel G.S. (FIN) Dr. MilSc. **Vesa Valtonen**, Secretary General of the Secretariat of the Security Committee, Ministerium der Verteidigung, Finnland.

Das **Panel 3**, moderiert von **Peter Finke, M.A.**, Experte für Sicherheitspolitik und Osteuropa, richtete dann den Blick verstärkt auf die europäischen und transatlantischen Aspekte unter dem Thema: „**Künftige Landes- und Bündnisverteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe im europäischen und transatlantischen Rahmen: Wo stehen wir heute, was ist künftig zu leisten und welche gesetzlichen sowie strukturellen Rahmenbedingungen sind anzupassen?**“ Hierzu trugen als Panellisten mit Statements und Kommentaren bei: Brigadegeneral **Marcus Ellermann**, Abteilungsleiter Verteidigungspolitik und -planung, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO, Brigadegeneral Dipl.-Päd. **André Bodemann**, Unterabteilungsleiter II in der Abteilung Strategie und Einsatz im Bundesministerium der Verteidigung, **Dr. Niklas Nováky**, Research Officer, Wilfried Martens Centre for European Studies, Brüssel und Professor Dr. Sven Bernhard Gareis, Leiter der „Defence Education Partnership Programs“ in Eurasien und Zentralasien, im NATO Hauptquartier, Abteilung Operationen, Brüssel, und Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster.

Das **Panel 4** wurde vom Lehrgangsleiter des Lehrgangs Generalstabs-/Admiralstabsdienst National (LGAN) 2017, Oberst i.G. Lars Gehlhaar, und dem Lehrstabsoffizier am „German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)“, Oberst i.G. Sönke Marahrens, moderiert. Die drei Lehrgangsteilnehmern des LGAN 2017, Korvettenkapitän Christian Heger, Oberstleutnant Normann Böhm und Major Joachim Bosse, unterstützt vom Projektbeauftragten der Fakultät Einsatz, Cyber und Informationsraum, Oberst i.G. Armin Schaus, präsentierten das Ergebnis des vom Generalinspekteur der Bundeswehr beauftragten Projekts zur künftigen gesamtstaatlichen und militärischen Führungsstruktur im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung. Unter dem Gesamtthema „**Künftige gesamtstaatliche und militärische Führungsstrukturen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung**“ konzentrierte sich das Panel auf die Themenbereiche „**Modulares und kombinierbares Konfliktbild als Grundlage nationaler Führungsfähigkeit**“, „**Führung neu denken. Führungsorganisation der Bundeswehr auf strategischer Ebene**“ und „**Führung im In- und Ausland. Führungsorganisation der Bundeswehr auf operativer Ebene**“.

Der gewählte Ansatz, Erfordernisse und Herausforderungen frei zu analysieren und Konzepte sowie Strukturen ohne einschränkende Vorgaben abzuleiten bzw. zu entwickeln, führte zu einem intensiven, durchaus auch kontroversen, aber letztlich sehr fruchtbaren Gedankenaustausch. Die neue Rolle der FüAkBw als „Think Tank“, bei der vor allem auch das Potential der Lehrgangsteilnehmer stärker genutzt und zur Geltung gebracht werden soll, hat sich hier als richtig und zukunftsfähig erwiesen.

Im abschließenden **Panel 5** wurde unter der Leitung von Lena Strauß, M.A., Forschungsassistentin, Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und

Politik (SWP), Berlin, vor allem der Versuch einer Art Bilanzierung der bisherigen Erkenntnisse der Tagung unternommen. Im Mittelpunkt stand die Frage: „**Welche vordringlichen Aufgaben zur Stärkung von Resilienz, Sicherheitsvorsorge und Führungsfähigkeit im nationalen, europäischen und NATO-Rahmen müssen und können in absehbarer Zeit realisiert oder bewältigt werden?**“.

Andy Grote, der Senator für Inneres und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg, zeigte noch einmal sehr prägnant die aktuellen, vielschichtigen Herausforderungen der Sicherheit im Innern auf, vor denen wir als Gesellschaft stehen. Er konstatierte zudem, dass wir auch in der äußeren Sicherheit mit einer veränderten Lage umgehen müssen. Die Bandbreite reiche dabei von der mutmaßlichen Einflussnahme über soziale Medien auf Wahlentscheidungen oder die öffentliche Meinungsbildung durch bewusste Falschinformationen bis hin zum Missbrauch von IT-Strukturen für die hybride Kriegsführung. Der Schutz Kritischer Infrastrukturen sei eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft. Es müsse dabei im globalen Kontext gehandelt werden.

Der Abteilungsleiter Planung im Bundesministerium der Verteidigung, Generalleutnant Christian Badia, ging u.a. auf die im vorangegangenen Panel formulierten Empfehlungen ein und stellte die aktuellen Planungen zur Realisierung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr vor. Dabei machte er insbesondere deutlich, welche spezifischen Herausforderungen nach 25 Jahren Reduzierungen und massiven Einsparungen bei der Bundeswehr nunmehr mit der Umsetzung der Trendwenden bei Personal, Material und Finanzen verbunden sind.

Generalmajor Jörg See, der Stellvertretende Beigeordnete Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik und Planung, hob die besonderen Anstrengungen des Bündnisses zur Stärkung von Resilienz und Führungsstrukturen hervor. Mit Hinweis auf die einschlägigen Aktivitäten der NATO zur Realisierung der spezifischen Streitkräfteplanung appellierte er an die Notwendigkeit zur Einhaltung gegebener Zusagen seitens der Nationen bezüglich ihrer Verteidigungsleistungen und nationalen Streitkräfteentwicklung.

In der sehr lebhaft geführten Diskussion wurde dann vor allem die Notwendigkeit zur Herstellung und Stärkung des Sicherheitsbewusstseins in der Bevölkerung, aber auch bei den politisch Verantwortlichen und in der staatlichen Verwaltung hervorgehoben. In diesem Zusammenhang erfolgten mehrfach Hinweise, dass es - zur Erreichung des angestrebten „Mind set“ und auch zur Erreichung von hinreichender Akzeptanz bezüglich der notwendigen Höhe von Verteidigungsleistungen - einer verbesserten Kommunikation und Erklärung der Erfordernisse bedürfe. Dies wurde sehr nachdrücklich als politische Aufgabe und Verantwortung bekräftigt.

In etlichen Beiträgen wurde die erforderliche Einbindung der Wirtschaft in die Maßnahmen gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge betont und eine klarere Positionierung zu Fragen des Rüstungsexports und der nationalen Rüstungsexportpolitik eingefordert. Nochmals verdeutlicht wurde auch die Forderung nach verstärkter Sichtbarkeit der Bundeswehr in der

Öffentlichkeit und nach regelmäßigen zivil-militärischen Übungen im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge.

Zum **Abschluss der Tagung** zog der Kommandeur der FüAkBw, Generalmajor Oliver Kohl, ein insgesamt sehr positives Resümee.

Der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft bekräftigte das und erwähnte einen offensichtlichen Erkenntnisgewinn aus den Vorträgen und Diskussionen. Zugleich wies er jedoch auch auf die nach wie vor bestehende Kluft zwischen Theorie und Praxis oder zwischen politischer Deklaration und praktischer Realisierung einer effizienten gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge hin. Er verband seine Feststellung mit der Hoffnung, dass man notwendige weiterführende Diskussionen habe anregen können. Seitens der Clausewitz-Gesellschaft wolle man diesen Diskurs auch künftig nach besten Kräften fördern und begleiten. In diesem Sinne wurde auch der vorliegende Sammelband zusammengestellt.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser, auch im Namen des Vorstands der Clausewitz-Gesellschaft e.V. wünsche ich Ihnen, dass Sie bei der Durchsicht des Sammelbandes auf ausreichend viele Beiträge stoßen, die Ihr Interesse wecken, Ihnen einen Mehrwert durch Informationsgewinn liefern und letztlich auch zu weiterführender Diskussion anregen.

Viel Freude, reichlich Erkenntnisgewinn und ausreichend Genuss beim Lesen!

Ihr

Kurt Herrmann

Generalleutnant a.D. und

Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.